

## **Kreismitgliederversammlung Wiesbaden 28.11.20**

Danke für die Einladung – Viel Erfolg bei der Kommunalwahl –  
streitbare und erfolgreiche Fraktion mit einer starken  
Tradition und frischen Ideen

Wir stehen dreieinhalb Monate vor der Kommunalwahl in  
einer ungewöhnlichen Situation. Alles das, was wir kennen ist  
immer noch da: Abbau von Arbeitsplätzen seit 2019 verstärkt,  
prekäre Arbeitsbedingungen gerade für Frauen, Ausgrenzung  
von Menschen im Sozialleistungsbezug und wenig  
Unterstützung für deren täglichen Kampf mit dem Geld  
auszukommen, Ausgrenzung von Menschen aufgrund  
bestimmter Merkmale – Rassismus -, abgehängte Stadtteile  
mit schlechteren Wohn- und Verkehrsverhältnissen, horrend  
Mieten, eine zunehmende Rechtsentwicklung mit bösen  
Ausschlägen in Polizei und Verwaltung. Ich glaub, ich kann  
aufhören und bin mir sicher, dass ihr nicht nur dazu im  
Wahlprogramm Aussagen trefft und dass Ihr die richtigen  
Konzepte und Ideen habt, wie Armut und Ausgrenzung  
bekämpft werden und wir zu einer solidarischen, gerechteren  
und ökologischeren Stadt leben können.

Jetzt sind wir aber in zwei Krisen, die dazu kommen. Die eine  
ist uns schon etwas länger bekannt, die andere hat uns  
Anfang des Jahres überrascht, obwohl sie nicht so  
überraschend kam. Es gab bereits einige Epidemien, die die  
Gefahr boten gefährlich zu sein. COVID 19 ist ja nicht der  
erste Virus aus der Familie, es ist aber derjenige, der sich  
unbemerkt am schnellsten verbreitet hat und sehr  
folgenreich ist. In Hessen gab es bisher 81000 Infizierte, etwa  
1,3% der Bevölkerung und 1163 Tote, die mit oder an der  
Krankheit gestorben sind. Sie trifft Menschen jeden Alters mit  
einem schweren oder auch tödlichen Verlauf, aber besonders  
diejenigen, die weitere Erkrankungen und/oder ein hohes

Alter haben. Um diese zu schützen und weitere schwere Erkrankungen zu verhindern und damit die Kapazitäten des Gesundheitswesens völlig zu überfordern, hatten wir im Frühjahr einen Lockdown und zurzeit einen Lockdown-light.

Und der hat Konsequenzen. Gut, dass die Schulen und die Kitas weiterarbeiten, deren Schließung war im Frühjahr fatal. Allerdings haben jetzt die Gastronomiebetriebe und die Kultureinrichtungen die A-Karte gezogen. Sie stehen oft genug vor dem Aus. Künstler\*innen, die auf Auftritte und Ausstellungen angewiesen sind, haben teilweise seit März keine Einnahmen mehr, die Veranstaltungswirtschaft verdient jetzt höchstens, wenn sie Messehallen für die Impfzentren aufbauen kann, in der Gastronomie arbeiteten viele Studierende, um sich das Studium zu verdienen und viele weitere Minijobberinnen. Deren Arbeitsverhältnisse sind als erstes weggefallen. Heftig wirkt sich die Pandemie auch auf Menschen im Grundsicherungsbezug aus. Die Regelleistungen liegen schon in normalen Zeiten etwa 150 Euro unter dem, was als Existenzminimum erforderlich wäre. Jetzt sind immer wieder Tafeln und andere Einrichtungen der Armutsverwaltung geschlossen, so dass es nicht möglich ist, die Nudeln im Supermarkt zu kaufen, die bei den Hamsterkäufen noch übrigbleiben und zu teuer für Hartz IV sind.

Staatlicherseits wird für diese Gruppen nichts oder viel zu spät und zu wenig gemacht. Die Hilfen für Selbständige können jetzt erst beantragt werden und sind nicht für die Monate bis Oktober, für Hartz IV Empfänger\*innen gibt es keinerlei Leistungen zum Ausgleich und die wenigen Hilfen für kleine Unternehmen aus dem Frühjahr sind schon längst verbraucht. Die Lufthansa hat allerdings 9 Milliarden Euro bekommen, ohne dass darauf bestanden wurde, dass damit Arbeitsplätze gesichert, Transformation von Überkapazitäten

und eine Umstellung auf ökologische und leisere Mobilität erfolgen soll. Die Automobilindustrie soll bis zu 5 Milliarden Euro erhalten. Daran zeigen sich die Prioritäten der Regierungen in diesem Land. Dem stellen wir als LINKE die Forderungen entgegen, dass die Menschen gerettet werden müssen, dass soziale Lasten abgefedert werden müssen und dass dafür diejenigen ran sollen, die von der Krise profitieren.

Während der Lidl-Eigentümer Dieter Schwarz sein Vermögen in der Pandemie um 11,1 Mrd Euro um mehr als ein Drittel vergrößert hat, während Würth sein Vermögen fast verdoppelt hat auf knapp 17 Milliarden Euro, die Aldi-Familien ihr Vermögen um 7,6 Milliarden Euro steigern konnten, leben andere unter das Existenzminimum, sind arbeitslos, können vom Kurzarbeitergeld nicht leben oder schwer depressiv. Unsere Aufgabe als LINKE ist es deutlich zu machen, dass diejenigen für die Krise zahlen müssen, die den Reibach machen. Da gehören die Unternehmen dazu, die an Schutzmaterialien, Infrastruktur und Impfstoffen verdienen. Deren Profite müssen zur Finanzierung der Lasten herangezogen werden. Dann ist es auch nicht notwendig im Landeshaushalt die Steuermittel, die den Kommunen zustehen, zusammenzusparen, was wiederum zu Lasten von sozialen und ökologischen Maßnahmen geht. Wir brauchen eine Vermögensabgabe. Bereits eine moderate Abgabe auf Privatvermögen von über 2 Millionen Euro und Betriebsvermögen von 5 Millionen Euro könnte viel bewirken. Die Linksfraktion will eine einmalige Abgabe, die bei 10 Prozent beginnt und ab einem Vermögen von 100 Millionen Euro auf 30 Prozent stetig anwächst. Die Last wäre jedoch auf 20 Jahre verteilt. So lange hat man Zeit, die Abgabe zu zahlen. Damit würden diejenigen zur Kasse gebeten, die zum Stichtag 1. Januar 2020 zu den reichsten 0,7 Prozent der erwachsenen Bevölkerung gehörten. 310 Milliarden Euro wurden

errechnet, die dem Bund zustehen würden. Zusätzlich wäre die Vermögensteuer wieder einzuführen, die den Ländern und damit auch den Kommunen zu Gute kommen würde. Für Vermögensabgabe und die Wiedereinführung der Vermögensteuer sollten wir uns als LINKE stark machen. Für diese Krise müssen die Reichen zahlen.

Dieses Geld wird gebraucht, nicht nur für die Lasten der Krise zu tragen, sondern auch für einen sozialökologischen Umbau. Wir haben ja nicht nur eine Krise, der Klimawandel macht sich inzwischen sehr deutlich mit sterbenden Wäldern, Verwüstungen und Versteppungen, tauendem Permafrost, heißen Sommern, zu wenig Niederschlägen im Durchschnitt und vielen Extremwetterereignissen. Es gibt viel zu tun, um noch eine Chance zu haben die Erderwärmung unter 1,5 Grad zu halten. Ein Thema, das bereits seit 50 Jahren diskutiert und davor gewarnt wird. Erst seitdem massenhaft Jugendliche ihren Schulunterricht am Freitag dafür genutzt haben, den Erwachsenen vorzuhalten, dass sie ihnen die Zukunft versauen, beginnt ein langsames Umdenken. Leider noch viel zu wenig Handeln. Wie lange es für einen Kohleausstieg braucht und wie viele goldene Brücken dafür gebaut werden müssen, wie wenig tatsächliche Maßnahmen für eine Mobilitätswende stattfinden – die Niederlage bei dem City-Bahn-Entscheid habt ihr ja schon diskutiert -, welcher Widerstand es gegen regenerative Energien gibt. Immer noch haben diejenigen Industrien das Sagen, die die natürlichen Ressourcen für ihre Profite vernutzen. Und diese bekommen durch die Politik die besten Verwertungsbedingungen zur Verfügung.

Mit dem Neustart-Papier der LINKEN. Hessen haben wir deutlich gesagt, dass wir einen sozial-ökologischen Umbau dringend brauchen. Auch wenn die Rahmenbedingungen noch bescheiden sind, ist die Kommunalpolitik hier

herausgefordert einiges zu tun. Wir brauchen in drei Bereichen grundlegend andere Weichenstellungen, wir brauchen die Energie-, Verkehrs- und Agrarwende. Ich will dazu ein paar Beispiele aus meinem kommunalpolitischen Erfahrungsbereich einbringen. Ich bin ja nicht nur Landtagsabgeordnete, sondern auch Fraktionsvorsitzende der LINKEN. Offenen Liste im Kreis Groß-Gerau. Seit 13 Jahren – und damit schon viel länger als DIE LINKE in der Koalition ist, arbeitet der Kreis an der Verwirklichung ehrgeiziger Ziele: Senkung des Stromverbrauchs um 20% und Deckung des verbleibenden aus erneuerbaren Energie, Emissionsminderung der Wärmeversorgung um die Hälfte in 20 Jahren. Während das letzte Ziel bei den kreiseigenen Liegenschaften insbesondere dadurch erreicht werden kann, dass Gebäude inzwischen als Neubauten nur in Passivbauweise, Sanierung in Niedrig-Bauweise mit Solaranlagen entstehen, sieht es bei der Reduzierung des Stromverbrauchs schwieriger aus, da gerade in den Schulen viel Technik Einzug gehalten hat.

Zur Verkehrswende gehört die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs. Das ist in einem Flächenkreis mit 14 Kommunen eine große Herausforderung, insbesondere im Übergang zu den Nachbarkommunen. Wir haben im Koalitionsvertrag einen Einstieg in den Nulltarif vereinbart. Alleine dieser lässt immer noch auf sich warten. Vereinbart ist jetzt auf unsere Initiative ein sehr kostengünstiges Ticket für Hartz-IV-Empfänger\*innen anzubieten und Schüler\*innen, die weniger als 2 oder 3 km von der Schule weg wohnen auch das Schülerticket kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Ein drittes Beispiel, das die Agrarwende unterstützt, und den sozial-ökologischen Umbau auf den Weg bringt, ist die Umstellung der Kantinenverpflegung und des Schulmittagessens. Dieses soll zu 80% aus Bio- und regionalen

Produkten bestehen und damit die Öko-Modellregion unterstützen. Leider ist es nicht kostenfrei, das kann der Kreis nicht leisten. Bereits jetzt jaulen die Kommunen auf, wenn sie mit der Schulumlage die Mehrkosten auferlegt bekommen, die den Eltern nicht aufgebürdet werden sollen. Mit der garantierten Abnahme von landwirtschaftlichen Produkten – ohne Lidl-, Aldi-, Nettodumping-Preise – ist es den Landwirten möglich ihre Landwirtschaft weiter zu betreiben und auf Bio umzustellen. Das hilft uns allen, weil weniger versiegelt wird und mehr CO2 Abbau stattfindet und die Umstellung auf Bio zu weniger Eintrag in Grundwasser und Atmosphäre führt.

Die Liste der Erfolge der Rot-grün-roten Zusammenarbeit ist natürlich länger im Kreis Groß-Gerau. Da es in Hessen einen besonders skeptischen Blick auf diese Koalitionen gibt, nur ein paar Beispiele, an denen Ihr seht, dass sich auch DIE LINKE gut durchsetzen konnte. Wir haben die Kreisklinik als zweite Klinik im Kreis erhalten, obwohl Grüne sie nicht mehr wollten und die SPD fürchterlich schwankte. Wir haben einiges im Jobcenter umgestaltet, die Aktenführung ist inzwischen digitalisiert und somit können keine Akten verloren gehen. Trotzdem hat es fünf Niederlassungen. Eine Ombudsstelle wurde zur Vermittlung bei Konflikten im Sozialleistungsbezug eingerichtet. Es wird ein zweites Frauenhaus geben, Wiedereinstiegsberatung von Frauen wird finanziell unterstützt. Flüchtlinge müssen nur noch 250 Euro für ihre Unterbringung in der Unterkunft zahlen, wenn sie Einkommen haben. Es wird eine Wohnungssicherungsstelle geben, mit der Obdachlosigkeit verhütet werden soll, Jugendbeteiligung wird in den Kommunen auf den Weg gebracht, die Schulen werden alle in Ganztags- und vorwiegend in Gesamtschulen umgebaut. Ein Tierbeirat wurde eingerichtet, eine echte Informationsfreiheitssatzung eingeführt und einiges mehr. Es freut mich besonders, dass

wir es geschafft haben die AfD zu zerbröseln. Sie sind mit 10 Kreistagsabgeordneten angetreten, jetzt haben sie auf dem Papier noch 8, davon kommen 4-5. Jeder Antrag von denen wird kommentarlos von allen abgelehnt.

Ich weiß, das sind nicht die großen Räder. Ich weiß, die Kommunalpolitik wird immer für ihren Zebrastreifen- und Ampelschaltungshorizont belächelt.

Aber wie sagte schon Rosa Luxemburg 1899 in ihrer Schrift Sozialreform oder Revolution: „Für die Sozialdemokratie – (und sie meinte damit die revolutionäre Sozialdemokratie und nicht die SPD) - bildet der alltägliche praktische Kampf **um** soziale Reformen, **um** die Besserung der Lage des arbeitenden Volkes noch auf dem Boden des Bestehenden, **um** die demokratischen Einrichtungen vielmehr den einzigen Weg, den proletarischen Klassenkampf zu leiten und auf das Endziel, die Ergreifung der politischen Macht und die Aufhebung des Lohnsystems, hinzuarbeiten.“

Ich wünsche Euch in diesem Kampf um soziale Reformen, um die Besserung der Lage der arbeitenden und der armen Bevölkerung und um den Erhalt demokratischer Rechte und gesellschaftlicher Gleichstellung viel Erfolg und bin mir sicher, dass auch Eure neue Stadtverordnetenfraktion viel im Sinne Rosa Luxemburgs erreichen wird.